



**University of
Zurich**^{UZH}

**Zurich Open Repository and
Archive**

University of Zurich
University Library
Strickhofstrasse 39
CH-8057 Zurich
www.zora.uzh.ch

Year: 2004

Tagung Medizinische Gutachten

Überschlag, Jakob ; Riemer-Kafka, Gabriela ; Gächter, Thomas

Posted at the Zurich Open Repository and Archive, University of Zurich

ZORA URL: <https://doi.org/10.5167/uzh-175434>

Journal Article

Originally published at:

Überschlag, Jakob; Riemer-Kafka, Gabriela; Gächter, Thomas (2004). Tagung Medizinische Gutachten. UniLu:1.

Tagung «Medizinische Gutachten»

Medizinische Gutachten spielen im Diagnose- und Behandlungsablauf, ja sogar beim Verlauf einer Krankengeschichte eine zentrale Rolle. Dabei bilden sie die Drehscheibe zwischen Arzt, Patient, Versicherung und Gericht. Nicht nur kreisen viele rechtliche Fragen rund um das medizinische Gutachten wie beispielsweise die Anforderungen an Form und Inhalt, Schweigepflicht, Datenschutz, Arztgeheimnis, Weitergaberecht, Ausstandsgründe usw., sondern das medizinische Gutachten unterliegt auch einer Zerreihsprobe zwischen verschiedenen Interessen und Betrachtungsweisen: Auf der einen Seite der Patient und auf der anderen Seite die Versicherung, auf der einen Seite der Arzt und auf der anderen Seite der Richter. Hervorzuheben ist, dass dem Arzt dabei die schwierigste Rolle zukommt, liegt er doch vielfach wie ein Korn zwischen zwei Mühlensteinen, nämlich dem Patienten und der Hüterin des Wirtschaftlichkeitsprinzips in der Krankenversicherung. Darüber hinaus verursachen medizinische Gutachten auch Kopfzerbrechen in dem Sinne, als z.B. für den Arzt ein bestimmtes Krankheitsbild einen dynamischen Prozess darstellt oder indem er das Krankheitsbild im Sinne der WHO-Definition von Gesundheit ganzheitlich betrachtet. Der Jurist hingegen benötigt für die Subsumption unter das Gesetz ein statisches Bild und will von krankheitsfremden Gründen eigentlich nichts wissen.

Diese und andere Problemkreise wurden am 28. Oktober 2004, anlässlich des «1. Zentrumstag Luzern», organisiert von Prof. Gabriela Riemer-Kafka vom Luzerner Zentrum für Sozialversicherungsrecht der rechtswissenschaftlichen Fakultät der Universität

Luzern, von ÄrztInnen, JuristInnen, Vertreterinnen und Vertretern der Sozialversicherungen und der Gerichte in Referaten sowie Podiums- und Publikumsdiskussionen gemeinsam erörtert.

Das von Prof. Dr. med. Ambros Uchtenhagen gehaltene Einführungsreferat beschäftigte sich mit der Abgrenzung zwischen Gesundheit und Krankheit, mit den verschiedenen Kriterien der Krankheitserfassung und der Funktionalisierung sowie mit dem Einbezug gesellschaftlicher Veränderungen von Gesundheits- und Anspruchsverhalten in die normative Beurteilung.

Im Zentrum der Ausführungen von Dr. med. Ulrike Hoffmann-Richter stand die Rolle des medizinischen Gutachtens bezüglich seines Einflusses auf die gesundheitliche Entwicklung und Wiedereingliederungsfähigkeit des Patienten. Anhand eines eindrücklichen praktischen Beispiels zeigte sie insbesondere die Chancen und Risiken der Begutachtung und des Zeitpunkts der Begutachtung auf den Verlauf der Krankheit und Arbeitsunfähigkeit, mithin also seine positiven und negativen Einflussmöglichkeiten auf.

Als Kontrapunkt zeigte der Vertrauensarzt SGV von Santésuisse, Dr. med. Reto Guetg, aus der Sicht der Krankenversicherer auf, welche Rolle die vertrauensärztliche Empfehlung einnimmt und das eigentliche medizinische Gutachten in der Krankenversicherung eigentlich die Ausnahme bildet.

Mit dem Referat von Dr. med. Reto Guetg ging die Reihe der Referenten



Prof. Thomas Gächter und Prof. Gabriela Riemer-Kafka am 1. Zentrumstag Luzern im Hotel Schweizerhof

von den Medizinern auf die Juristen über. Prof. Dr. iur. Thomas Locher eröffnete den 2. Teil der Tagung mit seinem Referat über die Stellung und Funktion der Regionalen Ärztlichen Dienste (RAD) in der IV. Neben der rechtlichen Behandlung von RAD-Gutachten hob er insbesondere die Bedeutung der Trennung zwischen diagnostizierendem und behandelndem Arzt hervor, insbesondere eine Professionalisierung und Entflechtung von Interessenkonflikten.

Bundesrichter Dr. iur. Rudolf Rüedi wandte sich in seinem Referat an die Ärzte und listete die Erwartungen des Sozialversicherungsrichters an ihre gutachterliche Tätigkeit auf. Danach muss ein medizinisches Gutachten die inhaltlich richtige, widerspruchsfreie, überzeugend begründete, ausgewogene, logische, schlüssige und für

einen medizinischen Laien nachvollziehbare Beantwortung der gestellten Frage beinhalten. Der Schlussreferent Dr. iur. Ueli Kieser ging auf die rechtlichen Tücken und Hürden des Sachverständigengutachtens ein. Zur Sprache kamen u.a. die Schweigepflicht des Arztes und die Pflicht der Ermächtigung durch den Patienten zur Auskunftserteilung gegenüber Dritten, auch im Falle von Aktengutachten.

Viele Fragen wurden an dieser überaus gut besuchten Veranstaltung nur angesprochen und werden, so der Wille der Veranstalter und Teilnehmer, Grundlage für weitere Gespräche bilden.

Prof. Dr. Gabriela Riemer-Kafka
Jakob Überschlag

Preise für beste Dissertationen aller Schweizer Universitäten



Bereits seit einigen Jahren existiert an der Universität St. Gallen der Fonds für Lateinamerikastudien. Er verleiht insbesondere auch jährlich Preise für hervorragende Doktorarbeiten zu lateinamerikanischen Themen, unabhängig davon, an welcher Schweizer Universität die Dissertation eingereicht wurde. Der von der Schweizer Privatwirtschaft und der HSG gestützte Fonds möchte Doktoranden der Wirtschafts- und

Sozialwissenschaften in der ganzen Schweiz Anreize geben, sich intensiver mit den wirtschaftlichen und sozialpolitischen Realitäten in Lateinamerika auseinander zu setzen.

Preiswürdig sind Dissertationen, die ein wirtschafts- oder sozialwissenschaftliches Thema mit engem Bezug zu Lateinamerika mit Auszeichnung behandeln. Die Doktorarbeit muss an einer schweizerischen Univer-

sität abgenommen worden sein und zumindest die Note 5.5 oder gleichwertig erreichen. Die gute Note allein gibt keinen Rechtsanspruch auf einen Preis. Die Arbeit muss weiter den oft schwierigen politischen und wirtschaftlichen Problemen dieser Länder angemessen, umsichtig und respektvoll Rechnung tragen und einer freiheitlichen Grundüberzeugung entsprechen.